

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Postbefreiung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Reichsstr. 14 II  
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Zeilenzahl 1 Mr. Aufnahme nur bei vorheriger Gebührensensendung auf Postfach 11302, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionssch. Freitag

## Aufgaben des Wahlkampfes.

Noch nie ist ein Wahlkampf in so starkem Maße wie dieser um die Fragen geführt worden, die für die Gewerkschaften eine so unmittelbare und brennende Bedeutung haben. Es handelt sich in diesem Wahlkampfe darum, ob die wertvollsten Einrichtungen der Sozialpolitik, vor allem die Arbeitslosen- und Krankenversicherung, in ihrer gegenwärtigen Form erhalten oder wesentlich verschlechtert und abgebaut werden. Es handelt sich darum, ob die Wirtschaftspolitik des Reiches dem großen Problem der Arbeitsbeschaffung dient oder durch die Begünstigung einzelner — namentlich großagrarischer — Sonderinteressen die Beschäftigungsmöglichkeiten der deutschen Industrie noch weiter beschneidet. Es handelt sich weiter darum, ob durch die staatliche Politik die Arbeitseinkommen und damit die Kaufkraft der Massen geschützt werden oder der Weg der Förderung des Lohnabbaues weitergegangen wird, auf welchem sich das Reichsarbeitministerium seit der Verbindlichkeitsklärung des Dogenhauser Schiedsspruchs befindet. Jede dieser Fragen ist von fundamentaler Bedeutung für die Arbeiterchaft und namentlich für die Bedingungen, unter welchen die uns bevorstehenden schweren gewerkschaftlichen Kämpfe zu führen sein werden.

Die Eigenart dieses Wahlkampfes besteht aber auch darin, daß alle — an sich schon außerordentlich wichtigen — einzelnen Fragen einen gemeinsamen, geschichtlich bedeutsamen Rahmen haben, indem sie mit einem scharfen und folgenreicheren Verfassungsschicksal verknüpft sind. Die Regierung Brüning regiert gegenwärtig mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten wird der Etat festgesetzt, werden neue Steuern eingeführt, Arbeitslosen- und Krankenversicherung reformiert, die Dithilfe eingeleitet und wirtschaftspolitische Maßnahmen von großer Tragweite, wie das Vorgehen gegen die monopolistischen Preisbindungen, angekündigt. Aus wahltechnischen Gründen enthält diese Verordnung manche Dinge, die als legitimiert, in Aussicht gestellten Maßnahmen gegen die Preisbindungen, die sehr populär sind und die an sich sehr nützlich sein könnten, obwohl schon jetzt feststeht, daß, wenn auf diesem Gebiete wirklich etwas geschehen wird, dies nur unter dem Druck der sozialdemokratischen Opposition und der gewerkschaftlichen Aktivität im Reichswirtschaftsrat möglich ist. Von gewaltiger grundsätzlicher Bedeutung ist es, daß alle oben erwähnten Maßnahmen ohne den Reichstag durch eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 gemacht werden. Ueber diesen Artikel 48, der dem Reichspräsidenten Vollmacht gibt für den Fall, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet sind, wird sehr viel geschrieben. Soviel steht auf jeden Fall fest, daß der Artikel 48 kein Vorgehen der Reichsregierung gegen den Reichstag rechtfertigen kann, und daß es am wenigsten zulässig ist, mit Hilfe dieses Artikels dem Reichstag sein Recht, die staatlichen Einnahmen und Ausgaben zu bestimmen, dieses fundamentale Recht des Parlaments, zu nehmen.

Eine solche Anwendung des Artikels 48 wird damit begründet, daß sich der Reichstag selbst ausgeschaltet hat, da er unfähig war, aus sich selbst eine Mehrheit für die unbedingt notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zu bilden. Dem steht die Behauptung gegenüber, daß die Reichsregierung den Reichstag ausgeschaltet hat. Wertwürdigerweise wird dabei bei näherer Betrachtung der auf den ersten Blick so traffe Widerpruch zwischen diesen beiden Auffassungen. Die verfassungswidrige Anwendung des Artikels 48 steht fest; es läßt sich aber nicht be-

streiten, daß der Verfassungsbruch durch die Mehrheit des aufgelösten Reichstags gefördert wurde. Im Reichstag kam keine Mehrheit zustande, weil einige Parteien, die hinter der Regierung stehen, die einzige mögliche Mehrheitsbildung, nämlich die mit der Sozialdemokratie, nicht wollten und weil teils die gleichen, aber auch die in der Opposition von rechts stehenden (Hugenberg und Hitler!) Parteien die Anwendung des Artikels 48 erzwingen wollten. Das ist das Wichtigste und das Gefährlichste: als es Pflicht des Reichstags war, seine Rechte zu verteidigen, gab es im Reichstag keine Mehrheit, die diese Rechte verteidigen wollte. Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die ernsthaft gegen das Außerkräftgehen der Demokratie gekämpft hat.

Die Sozialdemokratie hat sich bereit erklärt, mit den Regierungsparteien über die notwendigen Finanzgesetze zu verhandeln. Aus den Verhandlungen ist nichts geworden. Den Versuch, die Sozialdemokratie für den Mißerfolg der Verhandlungen verantwortlich zu machen, darf man wohl als völlig gescheitert betrachten. Als die erste, nachher durch die Abstimmung im Reichstag außer Kraft gesetzte Notverordnung erlassen wurde, schrieb am 17. Juli die Kölnische Zeitung, daß die Sozialdemokratie im Recht ist, „wenn sie darüber klagt, daß ernsthafte Verhandlungen mit ihr nicht gesucht wurden“. Daran knüpfte dieses ausgesprochen bürgerliche und nicht linksstehende Blatt folgende Feststellung an: „Der Reichstagsler hat leider immer schon die Frage der Mehrheitsbildung sekundär behandelt. Deshalb trifft ihn auch jetzt der berechtigte Vorwurf, daß alle parlamentarischen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden, ehe man zum Ausnahmezustand griff.“ Die parlamentarischen Möglichkeiten wurden aber deshalb nicht ausgeschöpft, weil die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien es nicht wollten, weil wenigstens ein Teil der Regierungsparteien, vor allem die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, um jeden Preis die antisozialen Maßnahmen durchsetzen wollte, die nur gegen die Sozialdemokratie vorzunehmen waren, und weil die Haltung der anderen Regierungsparteien diesen Maßnahmen gegenüber nicht entschieden ablehnend war. Da man noch keine Verständigung mit Hugenberg erzielen konnte, war die Mehrheit für die Politik des Besitzbürgerblocks im aufgelösten Reichstag nicht vorhanden. Man wollte aber diese Politik, man wollte gegen die Sozialdemokratie regieren, auch dann, wenn dies das Vorgehen gegen die Demokratie, gegen die demokratische Verfassung der deutschen Republik zur Folge haben mußte.

Wir sehen also, daß die Verknüpfung des Kampfes um die wichtigsten sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme mit dem Verfassungsschicksal keine zufällige ist. Es ist zu antidemokratischen Mitteln gezwungen worden, weil sich die ausgesprochen gegen die Arbeiterchaft gerichtete Politik nicht mehr mit demokratischen Mitteln machen ließ. Dadurch wird die große, wir sagen noch einmal: die große geschichtliche Bedeutung dieses Wahlkampfes bestimmt. Der Kampf geht um die Demokratie. Vom Standpunkt der Arbeiterchaft gesehen, besteht das Ziel des Wahlkampfes darin, daß die Sozialdemokratie als die Partei der Arbeiterchaft und die Partei der Demokratie verstärkt in den Reichstag zurückkehrt, und daß diejenigen Parteien, die sich nicht den Notwendigkeiten der Demokratie fügen wollen, dafür gebührend bestraft werden. Wenn jetzt sehr viel von der „Erziehung zur Demokratie“ geredet wird, so meinen wir, daß es heute das beste Mittel der Erziehung der politischen Parteien zur Demokratie sein

wird, wenn sie für ihr antidemokratisches Verhalten die gebührende Entgeltung von ihren Wählern bekommen. Es gilt deshalb in diesem Wahlkampf, die breiten Massen des Volkes und insbesondere die jüngsten Schichten der Arbeiterchaft, die immer noch ihre Stimmen den bürgerlichen Parteien oder den Kommunisten geben, darüber aufzuklären, daß die Vorstöße gegen die Demokratie nicht das Wohl des arbeitenden Volkes zu ihrem Ziele haben, sondern daß sie vielmehr deshalb vorgenommen werden, weil die Versuche, mit demokratischen Mitteln Politik gegen die Arbeiterchaft zu machen, scheitern.

Man muß sich während dieses Wahlkampfes des außerordentlichen Ernstes der Lage bewußt sein. Was soll geschehen, wenn wir einen neuen Reichstag bekommen, in dem keine Regierung auf demokratischer Grundlage zustande kommen kann? Wenn auf diese Weise das Funktionieren der Demokratie verhindert wird, so wird der Kampf darum, wer die Diktatur ausübt, einlezen müssen. Sollten wir nicht alle Anstrengungen machen, damit dem deutschen Volk in der Zeit der größten Wirtschaftskrisis dieser Kampf erspart bleibt? Man kann aber nur dadurch diesen Kampf vermeiden, daß man die festen Grundlagen für das Funktionieren der Demokratie schafft. Das kann aber nur durch eine Verstärkung der Sozialdemokratie, durch Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterchaft und durch die Niederlage der Parteien, die an den Vorstößen gegen die Demokratie teilnahmen, geschehen.

Für die Arbeiterchaft gibt es keinen Gegensatz zwischen den Aufgaben des Kampfes um die Demokratie und denen des Kampfes um ihre sozial- oder wirtschaftspolitischen Forderungen. Die gleichen Kräfte, die gegen die Demokratie arbeiten, wollen auch die Sozialpolitik abbauen und den Unternehmern freie Hand für den Lohnabbau verschaffen. Und das liegt in der Natur der Dinge. Die Arbeiterchaft — in weiterem Sinne also Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte — stellen in einem hochkapitalistischen Staate wie Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung dar. Die demokratische Entwicklung muß dazu führen, daß auch in der Volksvertretung die Mehrheit aus den Vertretern der Arbeiterchaft zustande kommt. Es gelingt den bürgerlichen Parteien zwar immer noch, eine beträchtliche Anzahl der proletarischen Stimmen für sich zu gewinnen, es wird aber immer schwieriger für sie, diese Gefolgschaft zu halten. Die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterchaft wirkt nicht nur unmittelbar durch ihre eigene Stärke und durch die Macht der freien Gewerkschaften, sondern auch dadurch, daß sie die proletarische Anhängerchaft der bürgerlichen Parteien immer stärker beeinflusst und ihnen die Augen zur Erkenntnis der Bestrebungen der kapitalistischen, großagrarisches oder „mittelschichtlichen“ — im Sinne der Wirtschaftspartei — Politik öffnet. Die Demokratie erweist sich als der Schutzwall gegen die soziale Reaktion, und die führende Kraft in der Mehrheit dieser Reaktion ist die Sozialdemokratie, sind die Gewerkschaften. So trennen sich die Kampffronten in unserer Politik, so trennen sie sich auch in diesem Wahlkampf.

Wir sind an einem bedeutsamen Punkt der Entwicklung angelangt, insofern als für die Arbeiterchaft der Kampf um die Arbeitslosenversicherung oder um die Beeinflussung der staatlichen Lohnpolitik mit dem Kampf um die Erhaltung der Weiterentwicklung der Demokratie untrennbar verbunden ist. Es liegt aber auch ein tiefer historischer Sinn darin, daß der erste Wahlkampf, seitdem die freien Gewerkschaften sich auf ihrem Hamburger Kongress

zum Programm der Wirtschaftsdemokratie bekannt haben, zum Kampfe um die Erhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie überhaupt geworden ist. Das Programm der Wirtschaftsdemokratie ist der Ausdruck dafür, daß die freie Arbeiterbewegung zum mächtigen Faktor der Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens geworden ist. Die Versuche, die Demokratie unwirksam zu machen, gelten dem Ziel, die Macht der freien Arbeiterbewegung lahmzulegen und die Neugestaltung der Gesellschaft aufzuhalten. Unsere Gegner wissen ganz genau, daß die Arbeiterbewegung, falls sie in der Abwehr des Erfolgs hat, gleich danach mit frischer Kraft vorwärts marschieren wird. Sie versuchen schon jetzt, diesen künftigen Aufstieg unmöglich zu machen; wir wollen für ihn den Boden festigen. Darum geht jetzt der Kampf.

Georg Decker.

### Die neuen Steuern und der alte Kurs.

Das Kabinett des Zentrumskanzlers Dr. Brüning leitete seinen Rechtskurs mit einer umfangreichen Zoll- und Steuererleichterung ein. Das Ende des Rechtskurses wird durch ein weiteres Steuerbündel gekennzeichnet, das den bisherigen Kurs der Beschäftigung und Massenbelastung nach Möglichkeit beibehält.

Die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen wurden, setzt sich aus sechs Abschnitten zusammen:

1. den Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt (Reichshilfe der Beamten usw., Zuschlag zur Einkommensteuer, Lebigenzuschlag, Verkürzung der Zahlungsfristen bei der Tabaksteuer);
2. der Erleichterung von Einnahmen für die Gemeinden (Biersteuer, Getränkesteuer, Bürgersteuer);
3. der Osthilfe (Siedlungs- und Kredithilfe, Vollstreckungsschutz);
4. der Abänderung von Sozialgesetzen (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Reichsversicherung);
5. der Ermächtigung zur Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen;
6. einzelnen Maßnahmen zum Ausgleich des Reichshaushalts.

Im folgenden geben wir einen Ueberblick über die beiden ersten Abschnitte der Verordnung, also über die mit dem 1. September eingeführten Steuermaßnahmen für das Reich und diejenigen Steuern, die die Gemeinden vom gleichen Zeitpunkt an erheben dürfen oder müssen.

#### 1. Reichssteuern.

Die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes erstreckt sich auf das Reich, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Reichsbank, sonstige Körperschaften und Körperschaftsverbände

des öffentlichen Rechts, die Reichsbahn und die Wehrmacht; darüber hinaus aber auch auf alle Unternehmungen, bei denen die vorgenannten Institutionen mit mehr als 50 Proz. beteiligt sind. Steuerpflichtig sind in der Hauptsache die dort beschäftigten Beamten und Angestellten, soweit sie Einkommensteuer zahlen, sowie die Empfänger von Warte- und Ruhegeld (mit Ausnahme der Witwen- und Waisengelder). Der Steuerjahrsbetrag beträgt 2½ Proz. der Einnahme. Für jedes minderjährige Kind bleiben 240 Mk. jährlich außer Ansatz. Befreit sind die Einkommen unter 2000 Mk. sowie diejenigen Angestellten, die gegen Arbeitslosigkeit pflichtversichert sind. — Die Reichshilfe geht von dem Gebanten aus, alle diejenigen zu einem Sonderbeitrag heranzuziehen, die durch eine feste Anstellung vor den Gefahren der Arbeitslosigkeit geschützt sind. Der Grundgedanke ist berechtigt. Denn tatsächlich haben die Kreise, bei denen eine Kündigung ausgeschlossen ist, einen unerschöpflichen Vorteil vor ihren Volksgenossen voraus, die jederzeit damit rechnen müssen, infolge schlechter Wirtschaftsverhältnisse erwerbslos zu werden. Die Durchführung freilich ist ungerecht, insofern die Reichshilfe erstens nicht gestaffelt ist, sondern hohe und niedrige Einkommen mit dem gleichen Prozentjahrs trifft; indem sie zweitens auch recht niedrige Einkommen belastet; indem sie drittens auf gemischtwirtschaftliche Betriebe übergreift, deren Angehörige vor einer Entlassung in der Regel nicht geschützt sind.

In die Reichshilfe ist eine Aufsichtsratssteuer eingeführt, für die der gleiche Steuerjahrs von 2½ Proz. gilt.

Das von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geforderte allgemeine Notopfer in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer ist im Prinzip anerkannt. Die Belastung beträgt jedoch nur 5 Proz. und ist auf Einkommen über 8000 Mk. beschränkt. Eine Staffelung ergibt sich automatisch dadurch, daß bereits die Einkommensteuer abgestuft ist.

Einen Sonderzuschlag zur Einkommensteuer haben die Lebigen zu tragen (Unverheiratete, aber auch Vermittelte und Geschiedene, sofern aus der Ehe keine Kinder hervorgegangen sind). Befreit sind Unterhaltspflichtige (unverheiratete Frauen und solche Steuerpflichtige, die um Unterhalt ihrer geschiedenen Ehefrau oder eines bedürftigen Eltern teils seit einem Jahre mindestens 10 Proz. ihres Einkommens aufwenden). Der Steuerzuschlag ist verhältnismäßig. Er beträgt 10 Proz. der gezahlten Einkommensteuer, wenn der Arbeitslohn 2640 Mk. jährlich übersteigt.

Bei der Tabaksteuer tritt eine Verkürzung der Zahlungsfristen für die Steuerzeichenwerte ein, also nur eine Einschränkung der bisherigen Vergünstigung für den Fabrikanten.

#### 2. Gemeindesteuern.

Die Gemeinden erhalten das Recht, eine Gemeindebiersteuer einzuführen. Sie ist beim Hersteller oder dem Großhändler zu erheben. Ihr Satz ist je nach der Güte des Bieres von 2,50 Mk. bis 7,50 Mk.

je Hektoliter gestaffelt. Andere Steuersätze sind nicht erlaubt.

Sofort der Haushalt einer Gemeinde durch Wohlfahrtskosten in außerordentlichem Umfang angepannt ist, darf die Gemeinde — jedoch nur mit Zustimmung der Landesregierung — neben der Biersteuer eine Gemeindegetränksteuer (auf Wein und weinähnliche Getränke, Schaumwein usw., Trübbranntwein, Mineralwässer und künstlich bereite Getränke sowie Kakao, Kaffee, Tee usw.) erheben, soweit diese Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle entgeltlich abgegeben werden. Der Steuerjahrsbetrag muß mindestens 5 Proz. des Kleinverkaufspreises betragen.

Ferner dürfen die Gemeinden eine Bürgersteuer erheben. Steuerpflichtig sind alle natürlichen Personen über 20 Jahre. Befreit sind nur Krienerunterstützte und der öffentlichen Fürsorge Unterstellte. Der vorgeschriebene Mindestsatz beträgt jährlich 6 Mk. für Einkommen unter 8000 Mk.; 12 Mk. für Einkommen zwischen 8000 und 25 000 Mk.; er steigt in fünf weiteren Stufen bis auf 1000 Mk. für Einkommen über 500 000 Mk. Personen, deren Einkommen wegen ihrer Geringfügigkeit einkommensteuerfrei sind, sowie Ehefrauen, haben die Hälfte zu zahlen, also mindestens 3 Mk. jährlich. Die Höhe des Steuerjahres wird von den Ländern bestimmt. Jedoch darf das festgelegte Staffelungsverhältnis nicht abgeändert werden. — Die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers wird demnach in den höheren Stufen völlig ungenügend, in den niederen Stufen überhaupt nicht berücksichtigt.

Die Einführung der Getränkesteuer ist an die Genehmigung der Landesregierungen gebunden. Für die Bier- und Bürgersteuer dagegen ist eine Doppelung mit den Realsteuern der Gemeinde vorgelassen. Wenn nämlich die Gemeindegrundsteuer oder die Gemeindegewerbesteuer über den bisherigen Satz erhöht wird, so ist die Gemeinde verpflichtet, gleichzeitig eine der beiden Steuern für denselben Zeitraum einzuführen. Wird aber die Grund- oder die Gewerbesteuer über den Landesdurchschnitt erhöht, so muß sowohl die Bier-, als auch die Bürgersteuer erhoben werden, und zwar mit einem um so höheren Zuschlag, je mehr der Satz der Realsteuer den Landesdurchschnitt übersteigt. Der Zweck dieser Doppelung ist klar: wenn die Einnahmen der Gemeinde zu gering sind — und das ist infolge der Wirtschaftsdpression bei zahlreichen Kommunen der Fall —, so soll nach dem Willen der Landesregierung auch die ärmere Bevölkerung zwangsweise einen erheblichen Teil der Gemeindefürsorge tragen.

Nachdem durch die reaktionäre Zielsetzung des Zentrumskanzlers eine Reichstagsmehrheit für die Bemüßung der Steuern nicht zustande gekommen ist, hat die Steuernotverordnung insofern eine empfindliche Wunde ausgesetzt, als dem Reich und den Gemeinden nunmehr die dringend erforderlichen Mittel zufließen können. Aber die Auswahl und die Ausgestaltung der Steuern entspricht nicht den Interessen und dem Wohle des arbeitenden Volkes. Wir hoffen, daß die Zwangsvergebung in der vorliegenden Form den Wahltag nicht überdauern wird.

h. a.

### Geheimnisse der großen Pyramide.

Von P. Hönik.

Es ist bekannt, daß die alten Ägypter, die vor vielen Jahrtausenden an den Ufern des Nils wohnten, eine hohe Kultur gehabt haben. Ihre Staatsverfassung, ihre Weltanschauung beruhten auf einer gelunden, sittlichen Grundlage; alle menschlichen Fertigkeiten, auf denen unser Wirtschaftsleben sich aufbaut, wurden schon von ihnen ausgeübt, und die Erzeugnisse ihrer Kunst, die Erkenntnisse ihrer Wissenschaft, die aus ihren Denkmälern und Bauten sprechen, erwecken noch heute unsere Bewunderung. Ein Rätsel ist es bisher geblieben, wie es den Ägyptern möglich sein konnte, Bauwerke wie den Tempel von Luxor zu errichten, von dem einzelne Hallen mit ihren 23 Meter hohen Säulen die Durchschnittpausmaße unserer herrlichsten Kirchen schiffe bei weitem übertreffen, oder die Pyramiden, deren Größe auf ein Gewicht von 6 Millionen Tonnen geschätzt wird, eine Steinmasse, zu deren Beförderung heute etwa sechstausend Güterzüge erforderlich wären. Unbegreiflich erscheint es uns, wie man damals ohne die Hilfe von Kraftmaschinen solche gigantischen Bauprojekte ausführen konnte, an deren Ausgestaltung unsere modernen Architekten, mit allen mechanischen Hilfsmitteln versehen, fast verzweifeln müßten. Der große griechische Schriftsteller Herodot berichtet, daß man, um die zur Errichtung der großen Pyramide notwendigen Materialien heranzuschaffen, eine Straße von 925 Meter Länge und 10 Meter Breite erbaut habe. Das ist alles, was wir über die Konstruktion der Pyramide wissen. In allen übrigen sind wir auf Vermutungen angewiesen.

Der geheimnisvolle Schleier, der die Entstehungsgeschichte des größten Bauwerks aller Zeiten umgibt, hüllt auch noch ein weiteres Rätsel, das nie-

mand bisher zu lösen vermochte, in sich ein. Die große Pyramide hält in ihren steinernen Massen die Summe aller wissenschaftlichen Erkenntnisse der alten Ägypter verborgen. Zahlreiche Gelehrte haben schon den Schlüssel dieses Mysteriums zu finden gesucht, aber nur wenig ist bis heute darüber bekannt geworden.

Als Napoleon Bonaparte nach Ägypten kam, ließ er sich eine Karte des Landes anfertigen. Zum Ausgangspunkt für ihre Vermessungen suchten die Geometer nach einer weithin sichtbaren Stelle, und die große Pyramide wurde natürlich sofort dafür in Betracht gezogen. Nach mehrfacher Prüfung stellten die Landvermesser zunächst zu ihrer Überraschung fest, daß die im alten Ägypten heiligen Zahlen 3 und 7 eine wichtige Rolle in den Ausmaßen der einzelnen Bauteile spielten. Die Mathematik lehrt, daß das Verhältnis des Umfangs eines Kreises zu seinem Durchmesser der Zahl 3 : 1416 entspricht; daß man also, um den Umfang eines Kreises zu ermitteln, nur die Länge seines Durchmessers mit der Zahl 3 : 1416 zu multiplizieren braucht. Zur Feststellung dieser Zahl, die wissenschaftlich „π“ (nach dem griechischen Buchstaben „π“) genannt wird und nun bei allen Berechnungen eine grundlegende Bedeutung besitzt, haben die griechischen Mathematiker Jahrhunderte gebraucht. Den alten Ägyptern aber war Jahrtausende vorher die Wichtigkeit dieser Zahl bereits bekannt. Wenn man nämlich die Länge des Umfangs der Pyramidenbasis durch die innere Höhe dividiert, so erhält man bis auf die Bruchzahlen genau die Zahl 3 : 1416.

Ein Jahr dauert 365 und ein zweihundertzwei- und vierzigstel Tage. Auch diese Zahl, zu deren Errechnung die Wissenschaft Generationen aufgewendet hat, ist im Verhältnis der einzelnen Pyramidenanteile zueinander schon enthalten. Ein Gang im Innern des Bauwerks, der in die sogenannte Königs-

kammer führt, mißt, in ägyptischer Einheit gerechnet, genau 365 und zweihundertzwei- und vierzigstel Zoll. Im Innern dieser Königskammer haben die Ägyptologen eine Art von Schrein entdeckt, eine kunstvolle Arbeit aus rotem Granit, die sicherlich niemals als Sarkophag, vielmehr als Wachenbild gedeutet hat, denn es wurde keine Mumie darin gefunden. Das äußere Fassungsvermögen dieses rechteckigen Steinbehälters ist, in altägyptische Rubitzoll gemessen, genau doppelt so groß wie sein innerer Rauminhalt. Dieses innere Fassungsvermögen beträgt genau 69 000 Rubitzoll, eine Zahl, die in unmittelbarem und für die Wissenschaft äußerst wichtigem Zusammenhang mit dem spezifischen Gewicht unserer Erde steht. Die erstaunliche Entdeckung jedoch, die schließlich bei der Vermessung der großen Pyramide gemacht wurde, ist folgende: Jahrhunderte vergingen, bis die Astronomen die Entfernung von der Erde zur Sonne errechnet hatten. Wenn man die Höhe der Pyramide mit einer Million multipliziert, so erhält man die Zahl 148 208 000, die in Kilometern genau die Entfernung unseres Lichtspenders von unserm Planeten angibt.

Daraus geht hervor, daß die Höhe unserer Kultur, auf die wir so stolz sind, gering zu achten ist gegenüber dem, was mit wesentlich bescheideneren Mitteln vor Jahrtausenden schon die alten Ägypter erreichten, um dann — trotzdem — von der Bildung der Geschichte zu verschwinden. Denbar wäre es wohl, daß sich alle Ereignisse, alle Erkenntnisse, alle Gesetze in eine mathematische Formel zusammenfassen ließen. Wüßten vielleicht die Bauer der Pyramiden von diesem Geheimnis? Besaßen sie den „Stein der Weisen“? Schrieben sie vielleicht die ewige, einzige Wahrheit anstatt in Büchern mit steinernen mysteriösen Lettern nieder, um die kommenden Jahrhunderten zu überliefern? Wir wissen es nicht. Aber man sollte es fast glauben.

**Verbandsstag der skandinavischen Sattler- und Tapezierer.**

In dem feilich geschmückten Sitzungssaal des Volkshauses in Kopenhagen fand in der Zeit vom 27. Juli bis 2. August der 12. ordentliche Verbandsstag des skandinavischen Sattler- und Tapezierer-Verbandes statt. Dieser Verband umfaßt die Berufskollegen aus Dänemark und Schweden. Bis kurz vor dem letzten Verbandstag, der 1925 stattgefunden hatte, gehörte auch Norwegen dem Verbands an. Die Gründung der norwegischen Holz- und Lederarbeiter-Industrieverbände machte den Uebertritt unserer Kollegen zu diesen zur zwingenden Pflicht. Der Sitz des skandinavischen Verbandes ist in Kopenhagen.

Der Verbandsvorsitzende Th. Clausen begrüßte die Delegierten und Gäste auf das herzlichste und gedachte auch der Toten, unter denen sich einige hervorragende Pioniere des Verbandes befanden. Von der Schwedischen Landesorganisation war der Sekretär Per Bergmann erschienen. Dänemark wurde von Knud B. Jensen vertreten. Der norwegische Möbelindustriearbeiter-Verband hatte den Genossen Rudolf Olsen entsandt. Vom österreichischen Bruderverband war der von unserer Verbandsversammlung uns bestens bekannte Kollege Klarer aus Wien anwesend. Die Grüße unseres Verbandes überbrachte Kollege Blume, der zugleich auch die Vertretung des internationalen Sekretärs der Schuh- und Lederarbeiter-Internationale übernommen hatte. In seiner Begrüßungsansprache hatte Kollege Blume Gelegenheit, ein Bild unseres Verbandes und unserer Berufe zu entwerfen und den Delegierten einen Ueberblick über die gespannte politische Situation zu geben, wobei natürlich die Angriffe der Unternehmer auf die Sozialversicherung besonders hervorgehoben wurden. Der russische Lederarbeiterverband hatte sein Erscheinen zugesagt, jedoch war niemand erschienen.

Anwesend waren 108 Delegierte. Das ist eine für unsere Verhältnisse kaum vorstellbare Vertretung, denn bei 3769 Mitgliedern kommt auf 35 Mitglieder ein Delegierter. Ein Vergleich mit unserem Verbandstag 1929 in Dresden ergab einen Delegierten auf 897 Mitglieder, denn unsere Mitgliederzahl betrug 31 406 und zu wählen waren 35 Delegierte. Das ist eine so große Zahl von Delegierten die Kaffe stark belastet und bei steigender Mitgliederzahl noch mehr, hat der Verbandstag auch eingeleitet. Er hat deshalb den Beschluß gefaßt, die Wahlsysteme zu erhöhen. Bisher konnten Filialen mit 10 bis 50 Mitgliedern einen Delegierten wählen. Auf je 50 Mitglieder kam ein weiterer Delegierter. Jetzt sind Filialen unter 25 Mitgliedern ausgeschaltet, können sich aber mit anderen zu einer Wahlabteilung vereinigen. Von 50 bis 100 Mitgliedern ist ein weiterer Delegierter möglich und dann auf je 100 Mitglieder ein weiterer Delegierter.

Ein sehr wichtiger Punkt nahm beinahe zwei Tage der Diskussion in Anspruch. Handelte es sich doch um einen ähnlichen Vorgang, der vor sechs Jahren zur Abspaltung der Norweger geführt hatte. Die Stockholmer Kollegen hatten den Antrag gestellt, für Schweden eine eigene Organisation zu gründen. Da zwei Länder vereinigt sind, war natürlich eine einheitliche Meinung nicht zu erzielen. Die Dänen stimmten mit 48 gegen 6 dagegen und die Schweden mit 28 gegen 28 Stimmen. Für den Gesamt-Verband ist die Abstimmung der Schweden erfreulich, da jetzt von einer Majorisierung durch die Dänen nicht gesprochen werden kann, da ja die Schweden selbst, wenn auch nur mit zwei Stimmen Mehrheit, gegen die Abtrennung waren. Von her Tagesordnung wird diese Frage allerdings nicht verschwinden. Im Jahre 1931 tagt der schwedische Landesverband, und es ist leicht möglich, daß dort beschloßen wird, daß auch unsere Berufskollegen sich den Industriearbeiterverbänden anschließen müssen. Der in Kopenhagen gefaßte Beschluß nimmt denn auch auf diese Möglichkeit Bezug, denn es heißt dort, daß der Kongreß den Stockholmer Antrag zurückweist und sich für die Aufrechterhaltung des jetzigen Verbandes ausspricht, im übrigen aber die Stellungnahme der schwedischen Landesorganisation abgewartet wird. Beschließt diese Körperschaft im obigen Sinne, wird dagegen kaum etwas unternommen werden können.

Die Mitgliederbewegung ist sehr günstig verlaufen und hat seit 1925 eine Zunahme von 804 erfahren, in dem am 31. März 1930 in beiden Ländern 3769 Mitglieder gebildet wurden. Den größten Anteil stellt Schweden auf, denn hier hat sich die Mitgliederzahl von 1260 auf 1870 erhöht, während die gleichen Zahlen für Dänemark 1705 beziehungsweise 1999 sind. Ortsgruppen sind in Dänemark 80 und in Schweden 46 vorhanden. Ein genaues Stärkeverhältnis der Branchen ist für Dänemark nicht festzustellen gewesen. Für Schweden sind die Zahlen vorhanden. Danach sind dort 810 Sattler, 341 Helfearbeiter und 1211 Tapezierer als Mitglieder registriert. Im Gesamtverband wurden 2000 Tapezierer gewählt. Für diese Zahl werden auch die Beiträge an die internationale Holzarbeiter-Union abgeführt, da die Tapezierer, auch wie bei uns,

dieser Internationale angeschlossen sind. Mit dem Abschluß von 3769 Mitgliedern ist ein Rekord aufgestellt worden ist, denn selbst in den besten Jahren 1919-20 waren nur 3457 Mitglieder vorhanden.

Ein weiterer Antrag lag vor, in Stockholm einen Angestellten anzustellen. Man kann einem solchen Verlangen eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Denn einmal berechtigt die Mitgliederzahl Schwedens dazu, dann aber auch sind organisatorisch gewisse Vorteile zu erwarten. Der Hauptvorstand und die Dänen erkannten dies und waren grundsätzlich für die Anstellung, jedoch sollte erst der Kongreß der Landeszentrale abgewartet werden und im Falle des alten Vorstandes der Hauptvorstand dann die Anstellung vornehmen. Gegen 32 dänische Stimmen beschloß aber der Verbandstag, die Stelle sofort festzulegen und die Anstellung im Falle des Verbleibens 1931 den Schweden selbst zu überlassen. Ein Antrag forderte, daß die Ortsgruppen bei Neuabstimmungen von Tarifverträgen selbständig be-



*Am 14. September muss der Bürgerblock gesprengt werden:*

*Wählt Liste 1 Sozialdemokraten!*

stimmen können. In namenlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 51 gegen 33 Stimmen abgelehnt und die Rechte der Zentrale aufrechterhalten.

Die Kassenverhältnisse sind günstig. Die Hauptkasse weist einen Bestand von 151 000 Kronen auf. Das sind 40 Kronen pro Mitglied. In unserem Verband sind es ungefähr 35 Mk. ohne Vorkassen. Ueber diese wird in Dänemark nicht Buch geführt, da die Ortsgruppen darin völlig selbständig sind. Die Hauptausgaben entfielen auf Unterstufungen bei Abspaltungen, wofür annähernd 300 000 Kronen verausgabt wurden. Streikunterstützung wurde gezahlt in Höhe von etwa 45 000 Kronen. Arbeitslosenunterstützung wurde in der fünfjährigen Periode über eine Million Kronen ausgezahlt. Es ist hierbei jedoch zu berücksichtigen, daß das Genter System besteht und Staat und Kommunen zur Verbandsunterstützung Zuschüsse leisten, so daß ein Vergleich mit unseren Ausgaben nicht ohne weiteres möglich ist.

Die Abhne der einzelnen Branchen sind verschieden. Sie bewegen sich zwischen 1,88 und 1,62 Kronen. Eine Ausnahme machen die Autosattler, die 2,50 Kronen haben. General Motors Comp. hat in Kopenhagen eine große Fabrik.

Die Wahl der Angestellten erfolgte durch Affirmation einstimmig. Der langjährige Führer Jensen, der vor drei Jahren zurücktrat, wurde zum Ehrenmitglied gewählt; er kann außerdem an allen Sitzungen beratend teilnehmen. Nächster Tagungsort 1935 ist Stockholm.

Die Debatten waren ausgiebig, und jeder war bestrebt, zum Besten des Verbandes in kameradschaftlicher Weise beizutragen. Von den 108 Delegierten war nur ein Kommunist gewählt, von dem man aber nicht sagen kann, daß er nicht nach berühmten Vorbildern seine sozialdemokratischen Kollegen antpöbelte. Daß die Gaistfreundschaft der skandinavischen Kollegen nichts zu wünschen übrig ließ, ist eine so große Selbstverständlichkeit wie die, daß wir als Deutschsprechende nicht beschwerten brauchen, nicht verstanden zu werden, da die Hälfte der Delegierten der deutschen Sprache mächtig war. H. B.

**Sitzung des Zentralkomitees der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Leder-Industrie-Arbeiter.**

Am 11. und 12. August fand die fällige Sitzung des Zentralkomitees statt, an welcher mit Ausnahme des Kollegen Roug-Frankreich sämtliche Mitglieder teilnahmen. Roug ist durch die Streiks in Frankreich entschuldigt.

Der Bericht des Sekretärs lag gedruckt vor. Der Kongreß im Jahre 1929 hat die 44stündige Arbeitswoche zum Beschluß erhoben. In Verfolg dieses Beschlusses haben die Verbandstage der Schuhmacher in Deutschland und England sich für diese Arbeitswoche ausgesprochen. Wie alljährlich, unterlag die Firma Bata, Tschekoslowakei, einer eingehenden Beratung. Festgestellt wurde, daß der Export der Bata-Schuhe nach den Kulturländern stark zurückgegangen ist, dagegen die Türkei, China u. a. Staaten mehr beliefert werden. Die Tagesproduktion beträgt 107 000 Paar Schuhe. Insgesamt sind beschäftigt 15 000 Arbeitnehmer, darunter 50 Proz. weibliche.

Die Mitgliedschaft ist um ungefähr 5000 Mitglieder auf 307 000 gesunken, was keine Ursache in der großen Arbeitslosigkeit findet. Einige Verbände haben sich verschmolzen, so in Oesterreich, Ungarn und der Tschekoslowakei. Im letzteren Staate bestanden neben den uns angeschlossenen Gewerkschaften noch kommunistische, die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen waren. Diese haben ihren Mitgliedern großen Schaden bereitet. Hier wird die Arbeitslosenunterstützung des Staates nur gezahlt, wenn die Gewerkschaften auch zahlen. Da die K.P.-Gewerkschaften wohl Beiträge nahmen, aber die fragliche Unterstützung nicht zahlten, erhielten deren Mitglieder auch keine staatliche Unterstützung. Diese bewußte Schädigung hielten denn auch die überzeugtesten Kommunisten nicht aus und so sank die K.P.-Gewerkschaft von 3400 Mitglieder auf 700, die nunmehr ihre Mitgliedschaft in der „reformistischen“ Gewerkschaft angemeldet haben. Ein glänzender Anschauungsunterricht auch für unsere Kollegen. Denn so wie es unseren Kollegen erging, ist es auch den übrigen K.P.-Gewerkschaften ergangen.

Ähnliche Vorgänge sind in der Schweiz zu verzeichnen. 60 000 Arbeitnehmer sind in der Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie beschäftigt, 12 000 davon waren früher organisiert. Die kommunistische Zeitung hat es verstanden, davon nur noch 2100 halten zu können, so daß selbst diese Zeitung dazu übergeben mußte, um vorwärts zu kommen, die kommunistischen Bräuen in die Rumpfkammer zu werfen und nur gewerkschaftlich zu arbeiten. Der Verband in Finnland, der unter K.P.-Führung steht, hatte 1928 über 4000 Mitglieder, 1929 waren es nur noch 2038 und am 31. März 1930 nur noch 1011. Er ist geschlossen und wurde nunmehr ein sozialdemokratischer Verband gegründet, der bereits über 1000 Mitglieder zählt.

Für den Streik der Schuhmacher in Belgien hat die Internationale 16 670 Mk. aufgebracht. 4978 Mk. sind im Einverständnis der Belgier dem internationalen Streikfonds überwiesen, was vom J.R. gutgeheißen wurde.

Anschließend beschäftigte sich das J.R. mit der Abhaltung des nächsten ordentlichen Kongresses. Es wurde beschloßen, diesen im August bzw. September 1931 in Prag abzuhalten.

Das J.R. benutzte die Gelegenheit der Tagung in Berlin, die Bundeschule des I.O.G.B. in Bernau zu besichtigen, was um so angenehmer war, als gerade ein Kursus von Schülern der drei Verbände belegt ist. Die Einrichtung fand ungeteilten Beifall. H. B.

**Worte Ferdinand Cassalles.**

Schon höre ich in der Ferne den dumpfen Massen-schritt der Arbeiterbataillone! Rettet — rettet euch aus den Banden eines Produktionsstandes, der euch zur Ware entmenscht hat — rettet — rettet — rettet den deutschen Geist vom geistigen Untergange — rettet — rettet zugleich die Nation vor Zerkünderung.

### Unsere Lohn- und Tarifbewegungen.

#### Tapezierer.

**Akkendorf.** Der von der Firma Schroth gefündigte Tarifvertrag ist durch Verhandlungen mit der Firma wieder in Kraft gesetzt worden. Beabsichtigt war seitens der Firma, die Akkordpreise herabzusetzen. Die Verhandlungen brachten die alten Bestimmungen mit geringfügigen Änderungen wieder.

**Göttingen.** Der von den Unternehmern gefündigte Tarifvertrag ist nach langwierigen Verhandlungen neu abgeschlossen worden. Die Ferien wurden in der Höchstbauer geändert, desgleichen der Lohnschlüssel für jüngere Kollegen.

**Düsseldorf.** Die Kollegen der Firma Hanstein sind gefündigt. Die Firma will erhebliche Akkordabzüge vornehmen. Zuqu ist deshalb unter allen Umständen zu vermeiden.

**Sachsen.** Die Ausperrung in der Stuhlindustrie besteht unverändert fort.

#### Lederwaren.

**Schlesien.** Der Verband Schlesiischer Lederwarenfabrikanten hat zum 31. Oktober 1930 den Lohn tarif gefündigt.

### Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Juli 1930.

Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis ist die Zahl der Arbeitsuchenden weiter gestiegen. Mitte Juli wurden 1 475 000 Hauptunterstützungsempfänger und 387 000 Krisenunterstützungsempfänger gezählt. Vergleicht man die Zahl der Unterfügten im letzten Monat Juli mit der im gleichen Monat des Vorjahres 1929, so hat sich die Zahl verdoppelt. Die Branchen in unserem Verband stehen bekanntlich seit geraumer Zeit mit an der Spitze der Arbeitslosigkeit aller Verbände, die dem ADGB angeschlossen sind.

Ein Vergleich mit dem Monat Juli 1929, wo wir 20,6 Proz. Arbeitslose und 11,2 Proz. Kurzarbeiter hatten, ergibt, daß im Verlauf des Jahres die Arbeitslosigkeit um 16,6 Proz., die Kurzarbeit um 10,3 Proz. zugenommen hat. Folgt man dem üblichen Beispiel und kombiniert die Zahl der Arbeitslosen mit der Zahl der Kurzarbeiter, indem man den Prozentsatz der letzteren zur Hälfte nimmt, so waren 1929 im Juli 26,2 Proz. — im Juli 1930 dagegen 47,9 Proz. unserer Berufsangehörigen voll arbeitslos.

Die Arbeitslosigkeit hat im Vergleich zum Monat Mai 1930 am stärksten im Nordgau um 12,3, im Gau Sachsen um 10,1, im Gau Bayern um 8,7 und im Gau Rheinland-Westfalen um 8,1 Proz. zugenommen. Den größten Prozentanteil an Arbeitslosen zeigt der Gau Sachsen, Bayern sowie der Nordgau.

Die nachstehende Tabelle gibt darüber näheren Aufschluß.

Gau	Veränderung gegenüber Vormonat	Dieselben hatten Mitglieder		Davon waren arbeitslos		Prozent	Bisherige Mitglieder	Bisherige arbeitslos	Prozent	Mittel	Mittel
		m.	w.	m.	w.						
Ostgau	40	6259	982	2487	212	2699	37,3	463	4	45	1
Nordgau	24	2674	363	1105	116	1221	40,2	356	3	43	4
Mitteldeutschl.	30	1625	479	570	129	699	33,2	205	3	48	—
Preussl.	18	2926	758	1342	176	1518	41,2	251	—	—	—
Sachsen	11	1359	637	574	243	817	40,9	234	—	—	—
Südwestl.	23	5016	1770	1905	474	2379	35,1	379	3	52	—
Rheinland-Westfalen	22	2109	471	766	96	862	38,4	144	3	36	17
Gesamterb.	168	21968	5460	8749	1446	10194	37,2	2032	16	224	22

  

Bekürzt arbeitete	Gabe Juli 1930		Prozent Ende				
	Männl.	Weibl.	1929	1930			
1 bis 8 Stunden	1002	226	1228	2,7	4,9	5,2	4,5
9 bis 16 Stunden	1100	366	1466	4,7	4,1	4,7	5,4
17 bis 24 Stunden	1905	988	2898	7,3	6,4	9,0	10,5
25 u. mehr Stunden	227	82	309	1,8	0,4	0,8	1,1
	4234 1657 5841		21,5				

### Berichte aus den Verwaltungen

**Breslau.** Eine am 6. d. M. stattgefundene Branchenversammlung der Lederwaren-, Reise- und Sportartikelindustrie nahm Stellung zu der Kündigung des Lohnabkommens durch die Arbeitgeber für den Bezirk Schlesien zum 31. Oktober.

Kollege B. Friedrich zeichnete in seinen Ausführungen die allgemeine wirtschaftliche Lage und kam des näheren auf die Besonderheiten der Lederwarenbranche zu sprechen. Besonders interessant anzuhören waren die Darlegungen über die Struktur der Branche selbst. Auf Grund statistischen Materials konnte festgestellt werden, daß sich die Beschäftigten dieser Branche aus zirka 25 Proz. Facharbeitern, 35 Proz. Hilfsarbeitern und 40 Proz. Arbeiterinnen zusammensetzen. Für die Facharbeiter können diese Zahlen noch als günstig angesehen werden. Als der Redner des weiteren auf die Lohnbildung der letzten Jahre zu sprechen kam, konnte festgestellt werden, daß unser Lohn im Verhältnis zu dem Lohn 24 anderer Berufe am Ort an 18. Stelle und 10,8 Proz. unter dem Durchschnitt liegt, daß sich weiter der Breslauer Lohn von 26 Orten des Reiches dieser Branche an 22. bzw. 23. Stelle bewegt. Die weitere Lajache, daß Breslau in der Reihe der Großstädte die 7. Stelle einnimmt, läßt nur allzu gut erkennen, daß der Lohn nicht abbaue, sondern aufbaureif ist. Und darum wurde in der anschließenden Diskussion der Antrag eingebracht, 5 Proz. Lohnzulage zu fordern. Ein stimmig erfolgte die Annahme dieses Antrages. Die Lohnkommission wurde beauftragt, in erster Linie besonders scharf die Abbaupläne der Unternehmer zum Scheitern zu bringen und der Lohnforderung Geltung zu verschaffen. In der Einmütigkeit, den ausgezungenen Kampf bis zum Neuesten zu führen, fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende. **Georg Daum.**

### Ist die Kurzschrift überholt?

Nein, die Stenographie ist für den Geist dasselbe wie der Sport für den Körper. Durch die Erlernung der Stenographie kann man viel leichter, bequemer und schneller als mit der Langschrift zu jeder Stunde und an jedem Orte eigene Gedanken niederzuschreiben, fremde Gedanken aus Reden oder Büchern festhalten und alle lästigen Notizen auf geringstem Raum und in kürzester Frist ausführen. Die Stenographie ist für jeden vorwärtsstrebenden Arbeiter ein unentbehrliches Hilfsmittel, ein Mittel zur Förderung der Allgemeinheit.

Unsere Anfängerkurse in der Reichskurzschrift beginnen wieder in der Woche vom 1. bis 6. September in folgenden Bezirken:

- Moabit:** Montag, 1. September, im Luisen-Gymnasium, Turmstr. 87.
  - Norden:** Dienstag, 2. September, in der Gemeindefschule, Schulstr. 99.
  - Nordosten:** Donnerstag, 4. September, in der Gemeindefschule Senefelderstr. 6.
  - Osten:** Freitag, 5. September, in der Gemeindefschule, Frankfurter Allee 37.
  - Südosten:** Freitag, 5. September, in der Gemeindefschule, Reichenberger Str. 67-70.
  - Neuölln:** Freitag, 5. September, in der Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 209-210.
  - Südwesten:** Dienstag, 2. September, in der Gemeindefschule, Gneisenaustr. 7.
  - Charlottenburg:** Freitag, 5. September, in der Gemeindefschule, Dramenstr. 31-32 (Eingang Knabenfchule).
  - Lichtenberg:** Dienstag, 2. September, in der Gemeindefschule, Scharnweberstr. 19.
- Alle Kurse beginnen abends 7 1/2 Uhr. Kursdauer 15 Abende. Das Kursgeld beträgt einschließlich Lehrmateriallieferung für Erwachsene 10 Mk., für Jugendliche 7,50 Mk., Erwerbslose zahlen 50 Proz. der angegebenen Sätze. Die Anmeldung erfolgt am ersten Abend in den genannten Bezirken.
- Freie Arbeiter-Stenographen-Vereinigung Groß-Berlin.

M. Riedel, Berlin-Spandau, Wustermarter Str. 10, I.

### Bücherschau

**Der schöpferische Marxismus.** Prof. Abramowitsch „Sowjetprobleme der Soziologie“ (Arbeters, marxistischer Lebenserkennnis), Verlagsanstalt „Gourner“ S. m. b. S., Berlin. Preis 1,20 RM.

Dieses Werk ist eine nicht im schlagwortreichen Sinne, sondern im Sinne des schöpferischen Aufbaus, revolutionäre Tat. Denn hier wird in der Tat jedes Problem von Grund auf neu gestellt und neu gelöst. Die Art, wie Abramowitsch hier mit den sich an Linrecht „marxistisch“ dünkenden Marxianern (wie er sie nennt) fertig wird, seine Fortsetzung des Verhältnisses von Soziologie zu Marxismus, seine unerschütterliche die gesamte moderne Wissenschaft umwälzende soziologische Untersuchung der menschlichen Rinde, seine Abhandlung über Kultur und der von ihm formulierte soziologische Wertbegriff, der eine notwendige Ergänzung zur Marx'schen Definition bietet, die soziologische Analyse von Revolution, Demokratie und Diktatur, die Untersuchung des Wesens von Nationalität und die darauf folgende Charakteristik von Nationalismus und Internationalismus, und schließlich seine Begriffsbestimmung der „Reinheit“ von Erziehung und Schule — alles weist uns hier die einheitliche, klare und greife Linie, die wahrhaft produktive Methode, mit der der schöpferische Vortritt, der Soziologie, die bunte Vielfalt wichtiger Lebens- und Erkenntnisprobleme zu meistern versteht.

„Der Ström“, Arbeiterzeitung für Ost- und Nordsee, Verlag S. Hüner, Berlin SO 16, Wustermarter Str. 16. Die Arbeiterzeitung erscheint im 4. Jahrgang. Die Ausgabe 1930 ist wieder leicht umgearbeitet, 38 Seiten stark, enthält sie einen Nachweis aller Ost- und Nordsee-Deutsche, mit kurzer Charakteristik, Plänen und Wohnungsnachweis. Wer Interesse für die See hat, wird die Zeitschrift mit großem Nutzen verwenden. Sie ist in allen Reichsbüros und Fremdenverkehrs-Bereinen oder direkt vom Verlag zu haben.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 18. August bis 24. August ist der 34. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können zurückblicken:

- Bremen: Stroppe, Martin, Tapezierer; Klemm, Johann, Tapezierer; Krüger, Max, Tapezierer; Hochberger, Heinrich, Sattler; Kunz, Hermann, Tapezierer; Seiler, Julius, Sattler; Böhling, Adolf, Tapezierer.
- Kreflingen: Dehler, David, Sattler.

### Veranstaltungskalender

**Hamburg.** Mitgliederversammlung am 26. August, 19.30 Uhr, im Café des Gewerkschaftshauses. Vortragsredner Reichstagsabgeordneter Genosse Johannes Reiche über: Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Zu dieser Versammlung haben auch die Frauen der Mitglieder Zutritt.

**Stettin.** Freitag, den 29. August 1930, abends 7 1/2 Uhr, bei Karr, Mitgliederversammlung, Vortragsredner über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl.

**Jelz.** Am Freitag, 5. September, findet im Restaurant „Felsenkeller, Freiligrathstraße, unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Zur Tagesordnung steht: Bericht von der Bezirkskonferenz in Köthen; Bericht der Ortsausfchussung des ADGB; Verschiedenes.

### Sterbetafel

**Freiberg i. Sa.** Am 7. August ist unser Kollege, der Sattler Karl Philipps, im Alter von 65 Jahren infolge Herzschlag verchieden. Er war ein erfahrene und eifriges Mitglied unserer Verwaltungsstelle und werden wir ihm ein gutes Andenken bewahren.

**Celzyg.** Nach fast 30jähriger Mitgliedschaft verstarb plötzlich unser treuer Kollege, der Sattler Richard Frommhold.

**Offenbach a. Main.** Am 2. August starb unser Mitglied, der Portefeulicer Heinrich Börner, 63 Jahre alt.

Ehrendem Andenken.

**LINDCAR** Jetzt auch Nähmaschinen!

LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT BERLIN-LICHTENRADE

Unternehmen der freien Gewerkschaften

Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen gegen kleinste Wuchenzinsen, durch das Werk, unsern Niederlagen und alle Ortsausfchüsse des A. D. G. B.